





und zu verkaufen gedachte. Zufällig  
er in Mannheim, seinem Wohnort,  
über. Er will aber nicht mehr die  
Hollbehörde von den in seiner Wob-  
stätten und unversicherten Zigaretten  
zu wenigstens gibt er an. Als der  
Zigaretten in der Wohnung des Re-  
kewicht und die Sache kam heraus.  
Strafmaß über 20000 Mark und  
schuldig. Das Schöffengericht er-  
4 Mark, außerdem hat er 3000 Mark  
Mark Zigarettensteuer zu zahlen.  
eingezogen bleiben. Das Gericht ging  
von aus, daß es dem Angeklagten  
ei, die Zigaretten gebührenfrei ein-

### ermischtes.

Rebell, haben wir einen Schmidt-  
Rektor, einen Schmidt hama, einen  
hammerichmidt hama, aber einen  
er (als Richard III. auf einer Bra-  
Ein Königreich für ein Bier) —  
erie: Tut's nicht ein Biel auch?  
ommen Sie nur ranter!

### erarisches.

Verhandlungskosten, Geschichten aus  
mit farbigen Umschlagbild von Mar-  
Marz 2.50, Verlag Strecker und  
rt. Der bekannte Verfasser von  
In den Stubenhöfen" schreibt und  
genartiges, überaus frisch und an-  
schleunig voll seinen Humors. „Uns-  
Kostgänger“ so lautet ein Sprichwort  
ort wahr ist, zeigen und die fittlich-  
t und paffensten Weise. Matthei  
steller so echt und ursprünglich,  
haben der verdient, in allen Volks-  
n. Auf Grund des köstlichen Inhalts  
Lesern dieses herrliche Buch. Zu be-  
eerbliche Buchhandlung. Neuen-

### te Nachrichten.

Lebr. Die Amtszeit des Oberbürger-  
geht zu Ende. Er hat sich ein-  
en. Der Wahltermin für die Ober-  
auf den 24. April festgelegt worden.  
23. Febr. Die französische Behörde  
verschiedenen Orten des Rheingaus  
onalen fest, weil sie dort Flugblät-  
Straßburger Münster und Darstel-  
keit aus den Befreiungskriegen der  
Führer der Deutschen Volkspartei  
festgenommen, weil sie für die An-  
aus hiesigem Vortrag über den Ver-  
verantwortlich gemacht werden. Strei-  
unbesetzte Gebiet abgereift.

Vor der Strafkammer des Kasseler  
Schwurgericht heute drei seinerzeit vom Schw-  
rochene Marburger Studenten weg-  
antworten. Die Verhandlung ge-  
hin. Entsprechend der Auffassung der  
Bericht schließlich zu dem Verdict  
gegen sämtliche Angeklagten mit  
nehsie vom 4. April 1920 einzufle-

Nach einem Sühnetermin im Am-  
Fleischermeister Richter nach kurz-  
ppenhaus mit einem Fleischermei-  
t lebende Ehefrau. Der Täter wur-  
Die Ermordete war die 4. Ehefrau  
eits wegen Doppelhele und Ad-  
p-

er. Dem „Berliner Tageblatt“ zufolge  
beiterorganisationen die Rindigung  
ens, die am 13. März wirksam mit  
undheitszustand der Versorber-

sch, Schwester Konjuno, wein-  
chtige Wolf die Fassungswie. „E-  
stiftigung —“  
gend, köstlich,“ rief Ella, in  
Abredend, „mein Mann und

weigt Du,“ herrichte sie Wolf  
Berodung auf sie werfend, „  
Sinnen! —“ Schwester Konjuno,  
Mary, „ich kann nicht jagen, wo  
Tagen gewesen sind — ich dan-  
Herzensgrunde,“ er beugte sich  
beiden Hände fast ehrfurchtsvoll

ektor Kornelius kommt, jagen  
schon gegangen, und grüßen  
on mir,“ sagte Mary mit zittern-  
te ihre Erregung über den ihr  
iedergeklampft; hüschweigend legte  
Gabriele aufgedrängt hatte,  
rbe und verließ großlos das Zim-

frage mit nicht nach, was me-  
hat; sie ist ja sinnlos; ich sin-  
g für ihr Betragen. Sei mit  
schüttelte den Kopf. „Nein, Wolf,  
nein — wenn es auch wehe  
mein Wolf; nun kann ich nicht  
en wir uns wohl nicht wiederse-  
mächtig, rief er da das zitter-  
und drückte einen innigen Kuß  
gehtig jah sie sich um; es hatte  
und unbeschtheit konnte sie geben.  
sie konnte kaum die Treppe hin-  
der letzten Stufe angelangt, mußte  
en; ein plötzlicher Schwindel hatte

(Fortsetzung folgt.)

heute morgen meiner Frau auch einen Kuß gegeben,  
nicht wird auch die Scharlach kriegen!“ — Da sprang der  
und eufsetzt auf. „Das ist ja eine schöne Verbesserung“  
te er, „dann kriegen ich wahrscheinlich auch noch Scharlach!“

### Handel und Verkehr.

Stuttgart, 22. Febr. (Schlachthofmarkt.) Dem Dienstag  
am diesen Vieh- und Schlachthof waren zugeführt:  
Ochsen, 12 Bullen, 290 Stiere und Jungkühe, 172 Kühe,  
Kälber und 346 Schweine. Bezahlt wurden für 1 Ztr.  
Lebendgewicht bei Ochsen 1. 670—730, 2. 500—600, Karren 1.  
— 20, 2. 450—550, Stiere und Jungkühe 1. 670—730, 2.  
— 30, Rülbe 1. 500—600, 2. 350—450, 3. 220—320, Kälber 1.  
— 80, 2. 650—720, 3. 540—630, Schweine 1. 950—1000, 2.  
— 800, 3. 800—850, Hammelfleisch 950—1000, Schafffleisch  
— 600 Mark. Der Markt verlief bei etwas fallenden Preisen  
stern.

### Neueste Nachrichten.

Dresden, 23. Febr. Der Sächsische Landtag hat mit  
bürgerlichen gegen 43 sozialistische und kommunistische  
namen den Antrag der Regierung, ihr einen Kredit von  
5 Millionen Mark zu bewilligen, abgelehnt und den  
gerlichen Antrag, nur 250 Millionen zu bewilligen, an-  
genommen. Dies bedeutet die erste parlamentarische Nieder-  
der sozialistischen sächsischen Regierung.

Berlin, 22. Febr. Nach der morgigen Wiederaufnahme  
Arbeiten wird der Reichstag zunächst die Etatsbe-  
rungen fortführen. Für die dreiwöchige Arbeitsperiode bis  
1. März werden in den nächsten Tagen Arbeitspläne auf-  
stellt werden. Beabsichtigt ist die schnelle Erledigung der  
ausstehenden Etatspläne und die Beratung der wichtigeren  
Gesetze, auf deren Verabschiedung die Regierung Wert legt.  
Die wichtigsten Interpellationen steht die über Oberschlesien  
Vordergrund.

Berlin, 23. Febr. In Zeitungsmeldungen über das  
Verbot der Unternehmung von Unregelmäßigkeiten im Ver-  
Schlachthof wird eine Behauptung von Angestellten  
Schlachthofs wiedergegeben, wonach eine Liste von  
den, die ohne Fleischmarken versorgt wurden, bestanden  
en soll, auf der u. a. auch der Reichspräsident mit  
enlich 35 Pfund Fleischlieferung aufgeführt sei. Diese  
Behauptung ist, was den Reichspräsidenten anlangt, frei-  
den.

Berlin, 22. Febr. Wie die B. Z. am Mittag meldet,  
in der heutigen Sitzung der hiesigen Sachverständigen-  
ratung für London zum erstenmal der Reichsminister des  
Aussen, Dr. Simons persönlich teilnehmen. Die Denks-  
chrift der Sachverständigen soll heute fertiggestellt werden  
die völlig ablehnende Haltung Deutschlands gegenüber  
Ententevorschlügen eingehend begründen. Am Sonntag  
in die deutschen Vertreter nach London abreisen.

Berlin, 22. Febr. Auf Grund der Reichstagswahlen  
Preußen und Schleswig-Holstein ergibt sich unter Ver-  
rechnung der noch nicht verwendeten Reststimmen vom  
Jahre 1921 folgende Verteilung innerhalb der Parteien  
Reichstags: D.N.B.P. bisher 63, künftig 71; D.V.P.  
bisher 62, künftig 65; Hannover. Landespartei bisher 5,  
künftig 5; Ztr. bisher 67, künftig 68; Bayer. V.P. bis-  
her 45, künftig 41; Bayer. L.L. bis 4, künftig 4; D.D.P.  
bisher 21, künftig 20; S.P.D. bis 113, künftig 108; U.S.P.D.  
bisher 59, künftig 61; A.P.D. bis 24, künftig 26. Das Ge-  
samtergebnis ist bisher 416, künftig 469 Abgeordnete.

Berlin, 22. Febr. Im Berliner Kleinen Schauspiel-  
haus es gestern abend bei der Aufführung von „Schühler's  
gen“ zu heftigen Krawallen. Unter ungeheurem Lärm  
ein Stinkbomben geworfen und eine das Atmen behindernde  
Gaswolke verpumpt. Kriminalbeamte, die im Zuschauer-  
anwesend waren, verhafteten 30 Personen, die sich an  
Erdbeben beteiligt hatten. Die Vorführung wurde nach  
der Unterbrechung zu Ende geführt. — Bei der Vor-  
führung eines Marionettentheaters in Halle a. S., zu der  
hundert Schulkinder erschienen waren, machten diese  
betrübtigen Skandal, daß die Vorstellung abgebrochen  
werden mußte. Erst mit Hilfe von Polizei konnte der Saal  
geräumt werden, nachdem die schulpflichtige Gesellschaft  
mit Stühle zertrümmert hatte. — Herzog Ernst  
von Schleswig-Holstein ist heute nachmittag nach  
seinem Krankenlager am Herzschlag gestorben. — Der ehe-  
liche Kommunistenführer Lombroff, der in Dortmund auf  
einer Verfolgung der Staatsanwaltschaft verhaftet  
unternahm auf dem Transport einen Selbstmordver-  
such. Die Verletzung ist aber nicht lebensgefährlich. Bei  
kommunistischen Bewegung im Ruhrgebiet spielte er eine  
wichtige Rolle.

Hannover, 22. Febr. Auf Veranlassung der Staatsan-  
waltschaft wurde heute vormittag im Städtischen Wohnungs-  
amt die Mitwirkung von Berliner Kriminalbeamten eine  
Reihe von Angestellten verhaftet, denen Schießungen  
Annahme von Schmiergeldern bei der Vermittlung  
Wohnungen zur Last gelegt werden. Die Untersuchung  
wird weitergeführt.

Wien, 22. Febr. Am letzten Sonntag hatten  
Wienstadt sieben Touristen eine Skifahrt in das Dach-  
gebirge unternommen. Die Skifahrer gerieten auf der  
Rückfahrt in eine Schneewehe und starben mit dieser ab. Alle  
Skifahrer, die aus Gmunden stammen, sind erfroren.  
Wien, 23. Febr. Der Polizeirat in Znaim hat 27  
Hochschüler, die tschechoslowakische Staatsbürger  
zur Erfüllung ihrer staatsbürgerlichen Pflicht an  
Wahlzählung teilnehmen wollen, zu zusammen 115 Tagen  
Gefängnis und 350 Kronen Geldstrafe verurteilt. Als  
Studenten protestierten, hat der Polizeirat wegen „frechen  
Verhaltens“ über sie das doppelte Strafmaß verhängt.

Berlin, 22. Febr. „Corriere della Sera“ meldet: Nach  
Erklärung Gioiottis wird aus den deutschsprachigen Ge-  
biet des Trentino ein eigener Wahlkreis gebildet. Tretis  
am Tage der Annullationsfeier durch ein königliches  
Kaiserlich als Freilichs proklamiert.

Hannover, 22. Febr. Die Zeitung „Drjmdal“, das  
früheren Ministers für Schleswig, R. P.  
schreibt zur Reichstagswahl in Schleswig u. a.:  
Die Reichstagswahl ergab im Vergleich zur vor-

jährigen Abstimmung selber einen bedeutenden Rückgang der  
dänischen Stimmen in Flensburg und Mittelschleswig. Die  
Wahl wirkt ein scharfes Streiflicht auf unsere nationalen  
Kräfte südlich der Grenze. Für viele wird dieses Wahler-  
gebnis eine neue Enttäuschung sein. Dieses ist darauf zu-  
rückzuführen, daß man in vielen Kreisen die Erwartungen  
zu hoch gespannt hatte, indem man von 30 000 ausgeschlossenen  
Dänen sprach. Dadurch erweckte man Hoffnungen, die  
mit der Wirklichkeit nichts zu tun haben, und der Rückschlag  
war daher unvermeidlich.

Brüssel, 22. Febr. Die „Peuple“ berichtet, daß infolge  
der industriellen Krisis einige Kohlengruben des Landes den  
Betrieb eingestellt haben. Der Ausschuss für Kohlenwesen  
wird am Donnerstag die Mittel prüfen die geeignet wären,  
die Arbeitslosigkeit der Bergleute auf das allermindeste  
herabzusetzen.

Paris, 22. Febr. Das „Echo de Paris“ macht Briand,  
Vortou und Millerand heftige Vorwürfe, daß General  
Castelnau bei der Austeilung der Marschallstäbe übergangen  
worden sei. Castelnau sei der einzige Truppenführer des  
großen Krieges, der schon 1870 mitgemacht habe. Seiner  
Initiative sei die Rettung von Verdun zu verdanken. Der  
konservative Abgeordnete Rendu hat dem Kriegsminister  
Vortou eine Interpellation eingereicht, worin er sich da-  
über beklagt, daß Castelnau vergessen worden sei.

St. Johns (Neufundland), 22. Febr. Ein Schneesturm  
wird von der Westküste gemeldet, der jede Geschäftstätigkeit  
stillsetzt und den Eisenbahn- und Schiffahrtverkehr vollständig  
unterbindet. Eine Feuerbrunst zerstörte das bischöfliche La-  
lais. Die Ursache des Brandes war Kurzschluß infolge des  
Schneesturms. Nur mit großer Mühe konnten sich der  
Erzbischof, neun Geistliche und die Dienerschaft vor den  
Flammen retten.

### Württembergischer Landtag.

Stuttgart, 22. Febr. Der Fall Kapp wurde heute vor-  
parlamentarisch dadurch erledigt, daß gegen die Stimmen der  
Unabhängigen und Kommunisten der Antrag des Geschäfts-  
ordnungsausschusses auf Genehmigung der Strafverfolgung  
angenommen wurde. Bazille (D.P.) teilte mit, Kapp habe sich  
seiner Fraktionsvorsitzenden gegenüber ausgesprochen. Die  
Einladung zur Fraktionsführung habe er zu spät erhalten.  
Kapp wüßte selbst die sofortige Einleitung der Unter-  
suchung, weil er keinerlei Versuch begangen habe. Dann be-  
antwortete Staatsrat Rau die Kleine Anfrage Wand (D.P.)  
über den Maisverbruch zu Schnaps darin, daß dieser Mais  
den Landwirten zur freien Verfügung stehe, wenn sie ihr  
Lieferant an Getreide erfüllt haben. Trotzdem sei das Reichs-  
ministerium gebeten worden, gegen die Verwendung des vom  
Reich verbilligten Mais Vorkehrungen zu treffen. Minister  
Orat beantwortete die Kleine Anfrage des Kommunisten  
Stetter wegen Verhaftung des Kommunisten Anfried darin,  
daß von seiner Verhaftung keine Rede sein könne; lediglich  
von einer Untersuchung der im Geväd mitgeführten Schrei-  
ten auf dem Bahnhof Mühlacker, darunter solchen, die eine  
Uebersetzung des Verhaftungsbefehls enthielten. Die Große Anfrage  
wegen Erhöhung der Zundersteuer wird nach einem Bericht  
des Finanzministers mit der Finanzberatung verbunden. In  
der Debatte über letztere beizuhilfen Konrad Haushamm (D.  
P.) den Antrag Bazille betr. den Untersuchungsausschuss zur  
Prüfung der Kollage der Kleinrentner als agitative  
Schaumblase. Der Finanzminister ermahnte eindringlich  
zu Sparmaß, da der planmäßige Abmangel sich auf Grund  
der vom Haus gestellten Anträge von 5 auf 35 Millionen  
erhöhe. Die Bildung von Steuerzuschüssen sei in 50 Be-  
zirke vollendet. Das Landesfinanzamt trete für die Beibehaltung  
der Erbschaftsteuer ein. Von der Reichsregierung  
sei zu erwarten, daß für 1920 nur drei Viertel des Steuerfolls  
aufzubringen sind. Die Verbrauchssteuern für Bier, Wein,  
Tabak und Zigarren würden erhöht, auch die für Zucker, der  
künftig 4.40 statt 3.90 Mark koste. Der Finanzminister sei  
nicht dazu da, Hunger und Liebe zu befriedigen; letztere zu  
besteuern, sei nicht seine Absicht. Ziegler (U.S.P.) beantragte  
einen Ausschuss von 9 Mitgliedern zur Untersuchung, warum  
die staatlichen Domänen unter dem angemessenen Preis ver-  
pachtet und wie groß die Uebersforderungen der Zimmungen bei  
den öffentlichen Arbeiten sind. Die kleinen Rentner sollten  
ihre Kapital aufbrauchen, dann entweder arbeiten oder Ar-  
beitslosenunterstützung erbitten. Abg. Frau Wand begrün-  
dete ihren Antrag gegen die Erhöhung der Zundersteuer und  
wünschte eine stärkere Heranziehung der Luxusartikel. Der  
Kommunist Maier nannte die Ausführungen des Finanz-  
ministers Unsin und holte sich dafür zwei Klagen. Die sozial-  
demokratische Fraktion beantragte, die Regierung solle beim  
Reich auf Kassab der Zundersteuer und auf steuerliche Ent-  
lastung der Winderbrennereien hinwirken. Keil (Soz.) be-  
gründete den Antrag, Bazille (D.P.) lehnte jede Verantwor-  
tung für die Steuerpolitik ab. Haushamm (D.P.) verlangte  
Uebersetzung der beiden letztgenannten Anträge an den  
Finanzauschuss. Keil (Soz.) widersprach. Rossmann (D.P.)  
beantragte einen neuen Antrag zur Zundersteuer ein. Danfer (Ztr.)  
beantragte, auch diesen an den Finanzauschuss zu überweisen.  
Nach einem Bericht Scheffs (D.P.) über die Eingabe des  
Raub- und Transportgewerbes wegen der Kraftverkehrsge-  
sellschaft wurde die Weiterberatung auf nachmittags 3 Uhr ver-  
lagt.

### Zunahme der Erwerbslosigkeit in Deutschland.

Trotz aller Gegenmaßnahmen hat die Erwerbslosigkeit im  
Monat Januar eine weitere ganz bedeutende Zunahme er-  
fahren. Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungs-  
empfänger allein ist von 335 000 auf 357 000, die Zahl der  
unterstützten Voll-Erwerbslosen von 410 000 auf 432 000 ge-  
stiegen. Im Zusammenhang mit dem Anwachsen der männ-  
lichen Erwerbslosen ist auch die Zahl der unterstützten  
Familienangehörigen erheblich, nämlich von 457 000 auf  
495 000 gestiegen. Berücksichtigt man, daß infolge der Ver-  
schärfung des Gesetzes für die Gewährung der Erwerbslosenunter-  
stützung bedenden, nach den bisherigen Schätzungen nur etwa  
die Hälfte der tatsächlichen Erwerbslosen die Unterstützung  
erhalten, so dürften zurzeit etwa 2 Millionen Menschen in  
Deutschland das gewollte Arbeitseinkommen entbehren. Hierzu  
tritt die Zahl der Kurzarbeiter, das heißt, der aus Mangel  
an Arbeitsgelegenheit nur verkürzt beschäftigten und ent-  
lohneter Arbeiter, die nach den vorliegenden Statistiken auf  
die doppelte Zahl der Erwerbslosen geschätzt werden muß. Es  
muß also angenommen werden, daß etwa 10 Prozent der  
gesamten deutschen Bevölkerung vollständig oder zu einem  
wesentlichen Teil von der Arbeitslosigkeit betroffen ist.  
Der Grund des Rückganges der Entente in der oberschlesischen  
Abstimmungsfrage.

Wie das „Echo de Paris“ mitteilt, sind es die beiden eng-  
lischen und italienischen Mitglieder der militärischen Mission  
von Opatowitz gewesen, die die Entscheidung zugunsten der  
Bestimmungen des Friedensvertrages über die Abstimmung in  
Oberschlesien gegeben hatten. Durch die genannte Abstim-  
mung hätten sie erklärt, könnten die polnischen Einwohner  
Oberschlesiens acht Tage nach der Abstimmung der Einzel-  
mengen der ankommenen neuen Wahlberechtigten Hindernisse  
bereiten. Sie hätten deshalb gefragt, ob man nicht eine

angeblich deutsche Gefahr vorzöge und eine polnische Gefahr  
schaffe, die ebenso befähigt wäre, der Entscheidung Abbruch zu  
tun. Und schließlich hätten sich nur 150 000 Oberschlesier, die  
außerhalb Oberschlesiens wohnen, zur Wahl gemeldet und  
nicht 350 000. Dieses Kontingent werde nicht an der Ver-  
teilung der 500 000 Stimmen der Einzelmengen ändern. Diese  
Tatsache hätte Briand bekümmert. Er habe erklärt, die letzte  
Entscheidung des Obersten Rates sei endgültig und seine Re-  
gierung dürfe sie in Frage stellen. Es sei zu einer sehr unan-  
gemessenen Auseinandersetzung gekommen, die zwei Stunden  
gedauert habe. Ministerpräsident Briand habe sich schließlich  
unterwerfen müssen.

### Was Oberschlesien.

Opatowitz, 22. Febr. Die Kriminalpolizei hat eine Falsch-  
zentrale für Legitimationskarten aufgedeckt. Als Haupt der  
Gesellschaft wurde der Photograph Kostoff festgenommen. In  
seinem Besitz befanden sich 12 gefälschte Legitimationskarten,  
die mit dem Stempel der Polizeiverwaltung Opatowitz versehen  
waren. Kostoff verkaufte die gefälschten Karten an polnische  
Kreise, die sie für die Wojewoza Polska aufkauften. Seine  
Frau, in deren Besitz sich gleichfalls eine Anzahl gefälschter  
Legitimationskarten befand, wurde ebenfalls verhaftet.

Plesch, 22. Febr. Sonntag Nacht wurden auf das Barr-  
amt in Arensburg (Kreis Plesch) etwa 50 Schiffe abgegeben.  
Dadurch wurde ein größerer Schaden angerichtet. Men-  
schen sind nicht verletzt worden. Nach einiger Zeit wurden  
auch gegen die Schule einige Gemeindefürer abgegeben. Bar-  
ter und Lehrer sind deutsch gekannt.

### Gleiche Rechte in den Mandatsgebieten.

Washington, 22. Febr. Aus dem Staatsdepartement ver-  
lautet, daß die amerikanische Regierung dem Völkerbundrat  
die Forderung unterbreitet habe, daß alle alliierten und asso-  
ziierten Nationen in den Mandatsgebieten gleiche Rechte er-  
halten sollen. Der Beschluß des Staatsdepartements, in  
dieser Frage trotz des unmittelbaren bevorstehenden Regierungs-  
wechsels vorzugehen, wird seiner Ansicht zugeschrieben, daß  
der Völkerbundrat, der jetzt in Paris tagt, eine sofortige  
Aktion in der Mandatsfrage, wie z. B. der Mandate für Me-  
sopotamien und Palästina, plant.

### Preussische Landtagswahlen.

#### Vorläufiges Wahlergebnis.

Berlin, 22. Febr. (Nichtamtlich.) Nach den bisherigen  
Feststellungen erscheinen 399 Abgeordnete als gewählt, davon  
Rechtssozialdemokraten 106 (bisher 145), Demokraten 25  
(65), Zentrum 83 (94), Deutsche Volkspartei 57 (74), Deutsch-  
nationale Volkspartei 73 (50), Wirtschaftspartei des deutschen  
Mittelstandes 4, Unabhängige 28 (24), Vereinigte Kommuni-  
kisten 30.

In den 399 neugewählten Abgeordneten treten noch die  
bisherigen 22 Abgeordneten des Kreises 9 (Oberschlesien) aus  
der Landesversammlung hinzu, so daß die Gesamtzahl 421 be-  
trägt. Davon sind Rechtssozialdemokraten 113, Demo-  
kraten 26, Zentrum 90, Deutsche Volkspartei 57, Deutsch-  
nationale 73, Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes 4,  
Unabhängige 28 und Vereinigte Kommunisten 30.

Berlin, 22. Febr. Heute fand eine Besprechung zwischen  
den in der Reichsregierung vertretenen Parteien über die  
durch die preussischen Wahlen geschaffene Lage. Es be-  
stand volle Einmütigkeit darüber, daß auf eine Lösung hin-  
gewirkt werden würde, bei der die Regierungen im Reich und  
in Preußen von den gleichen Parteien der Koalition getragen  
würde. Es wurde vereinbart, daß von diesem Gesichtspunkt  
aus ein einheitliches Vorgehen der in der Reichsregierung  
vertretenen Parteien bei der Neubildung der preussischen  
Regierung angestrebt werden soll.

### Zur Regierungsbildung.

Berlin, 22. Febr. Wie der „Vorwärts“ mitteilt, kann über  
die endgültige Stellungnahme der Sozialdemokraten noch  
nichts gesagt werden, da die einzig unabhängige Parteiführung,  
die sozialdemokratische Landtagsfraktion, noch nicht zusam-  
mengetreten sei. — Die Deutsche Volkspartei vertritt, wie der  
„Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom führenden Kreisen der  
Partei mitgeteilt wird, nach wie vor den Gedanken der Ein-  
heitsfront von den Deutschen Nationalen bis zu den Rechts-  
sozialisten im Reich wie in Preußen. — Die „Germania“  
lehnt erneut die Teilnahme des Zentrums an einer rein  
bürgerlichen Regierung, wie sie von den deutschnationalen  
gefordert werde, ab. Die Grundlage aller nachrevolutionä-  
ren Politik Deutschlands ist nicht zu erschüttern, daß gegen  
die Sozialdemokratie nicht registriert werden kann. — Scheide-  
mann erklärt im „Nachwahr-Abendblatt“, auch weiterhin ein  
Begner jeden Zusammenarbeitens mit der Deutschen Volk-  
spartei zu sein. Es könne höchstens davon die Rede sein, daß  
die Entscheidung davon abhängt, auf Grund welchen Aktions-  
programms eine neue Regierung im Reich arbeiten sollte.

### Gemeinde Arnbach.

## Stangen-Verkauf.

Die Gemeinde Arnbach verkauft am Montag, den  
28. Februar 1921, vormittags 10 Uhr, im öffentlichen  
Ausschreib:

Bauslangen 93 Stüd Ia, 167 Stüd. Ib Klasse, 106 II.  
Kl. und 91 III. Kl.; Haglangen 79 I. Kl., 176 II. Kl.,  
201 III. Kl., 20 IV. Kl.; Hopfenlangen 209 I. Kl., 306  
II. Kl., 118 III. Kl., 434 IV. Kl., 556 V. Kl., 1600 Re-  
steden, 371 Wohnresteden, 10 eichene Verbstangen I. Kl.,  
8 II. Kl., 6 Verbstangen III. Kl. (Buchen).  
Den 22. Februar 1921.

### Schultheißenamt.

# Felle!!!

für Leder wie Pelzfabrikation kauft zu den  
allerhöchsten Tagespreisen an

## Erich Raichhofer, Pforzheim,

Moderne Tierausstopferei,  
Lindenstr. 52. Telefon 1501.

### Devisen-Kurse.

Durb. Rhein. Creditbank, Niederlassung Herrenalb, mitgeteilt.	
Norddeutsch.	
Holland . . . . .	2075 2100
Schweiz . . . . .	1005—1015
Paris . . . . .	489—444
London . . . . . 235—237	
New-York . . . . . 60 1/2—61 1/2	
St. Gallen . . . . . 221—223	
Tendenz: Geschäftlos.	

